

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 98/39
Telex: 9 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Gerd Walter MdEP zu Notwendigkeiten der Bonner Deutschland- und Außenpolitik: Den Weg zur Einheit europäisch absichern.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zur Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands: Schädlich für die Interessen unseres Volkes.

Seite 3

Christiane Berger zum Bonner Umgang mit der DDR, dem politischen Nutzen für die Regierungsparteien und den sozialen Lasten für die kleinen Leute: Kollaps und Anschluß.

Seite 4

Peter Conradi MdB zum Bonner Umgang mit den deutsch-deutschen Problemen: Demokratie und Gemeinsamkeit.

Seite 6

45. Jahrgang / 37

21. Februar 1990

Den Weg zur Einheit europäisch absichern

Zu Notwendigkeiten der Bonner Deutschland- und Außenpolitik

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die Politik Bundeskanzler Kohls ist gleichermaßen schädlich für die deutsche Einheit wie für die europäische Integration.

Kohl und die Unionsmitglieder seines Kabinetts vergrößern ständig durch irritierende Äußerungen das Mißtrauen der Nachbarn in Ost und West. Vertrauensbildende Maßnahmen für eine stärkere Integration Europas und die Anerkennung der polnischen Westgrenze, wie sie der französische Staatspräsident vorgeschlagen hat, ignoriert er. Er unterläßt das Mindestmaß an Information an Beteiligte und Interessierte und erreicht nicht einmal, daß in seiner Regierung in diesen für Deutschland und Europa lebenswichtigen Dingen einheitlich gesprochen, geschweige denn gehandelt wird.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich ein verlässliches System der Information und Konsultation zur EG-Kommission, den EG-Partnern sowie dem Europäischen Parlament und den KSZE-Vertragsstaaten zu entwickeln.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120409

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umgang
zu wertvollem Recycling-Papier



Gerade weil die DDR höchstwahrscheinlich nicht als eigenständiger Staat der EG beitreten wird, sondern auf dem Weg einer Vereinigung mit der Bundesrepublik, müssen die nächsten Schritte im engsten Einvernehmen mit der EG-Kommission vorbereitet werden. Wichtig ist auch, daß der EG-Ministerrat der Kommission möglichst schnell ein Verhandlungsmandat für die Einbeziehung der DDR in den Rechts- und Wirtschaftsraum der EG erteilt.

Außerdem muß die Bundesregierung den Weg zur deutschen Einheit durch eine Einbettung in die europäische Integration absichern. Dies geschieht am besten durch eine Beschleunigung des verabredeten Prozesses zur Errichtung des Binnenmarktes.

Keinesfalls darf Bonn die Entwicklung in Deutschland zum Vorwand nehmen, die Währungsunion, das soziale Europa oder die Demokratisierung der Gemeinschaft zu hintertreiben.

Schließlich muß Bonn zur Entwicklung eines Konzepts der EG für die bevorstehende KSZE-Konferenz einen wichtigen Beitrag leisten. Es muß klar werden, welche Rolle die EG im Hinblick auf eine künftige Friedensordnung in Europa spielen will.

Die Frage ist: Versteht sich die Gemeinschaft als Keimzelle einer späteren politischen und wirtschaftlichen größeren, europäischen Union, die nach 1992 in Angriff genommen werden muß?

Hier gilt es Signale zu setzen, auch damit das erwachte Nationalbewußtsein in den neuen europäischen Demokratien, aber auch in Westeuropa nicht wieder in überwunden geglaubten Nationalismus umschlägt.

(-/21.2.1990/va-he/rs)

* * *

Schädlich für die Interessen unseres Volkes

Zur Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands

Von Albrecht Müller MdB

Zur Zeit erleben wir eine gespenstische Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands und um die Frage, wo in Deutschland welche Truppen wie lange stationiert werden sollen. Diese Diskussion schadet den Interessen unseres Volkes.

Die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt haben mit Umsicht und Engagement Mißtrauen bei unseren Nachbarn im Osten abgebaut und Vertrauen aufgebaut: Durch behutsames Auftreten, durch Gesten der Versöhnung, gerade auch durch Entgegenkommen.

Heute müssen wir das Gegenteil dieser klugen und die Völker versöhnenden Politik erleben. Ohne Rücksicht auf die Gefühle und Empfindungen unserer Nachbarn hat die Regierungskoalition eine Diskussion über die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der NATO und die Ausdehnung der Stationierung von Truppen der Bundeswehr auf das Gebiet der heutigen DDR begonnen. Die Regierungskoalition in Bonn nutzt die augenblickliche Schwäche eines Landes, dessen Volk 24 Millionen Tote im Krieg mit Deutschland zu beklagen hatte und dessen Führung die positive Veränderung der letzten Monate in Europa überhaupt erst möglich gemacht hat. Die arrogante Rücksichtslosigkeit der heute in Bonn Regierenden sät Mißtrauen bei unseren Nachbarn im Osten und wird sich in Zukunft voraussichtlich rächen. Denn Vertrauen wächst nur dann, wenn man sich in die Rolle der Nachbarn versetzt und ihre Schwächen nicht ausnutzt.

Meine Kritik gilt nicht nur den inzwischen zurückgezogenen Vorstellungen Stoltenbergs und einiger Vertreter der USA, die die NATO auch militärisch auf das Gebiet der DDR ausdehnen möchten. Sie gilt auch den Vorstellungen Außenminister Genschers und des US-Außenministers, die NATO auch für das vereinte Deutschland gelten zu lassen, aber keine Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR zu stationieren.

Ein solcher Zustand wäre keine Basis einer europäischen Friedensordnung. Ein solcher Zustand würde nach Veränderung rufen. Er würde voraussichtlich, wie zum Beispiel nach der Rheinlandbesetzung durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, rechtsradikalen Kräften die Möglichkeit billiger Stimmungsmache bieten. Der Genscher-Vorschlag ist deshalb zwar nicht subjektiv, aber objektiv auf Betrug der Partner im Osten angelegt und enthält so den Keim neuen Streits und schlechter Nachbarschaft. Er ist das Gegenteil eines Bausteins einer wirklichen europäischen Friedensordnung.

Übrigens: Manche Kommentare vermuten hinter Genschers Argumentation auch einen subjektiven Betrugsversuch. So schreibt zum Beispiel der Kommentator der RHEINPFALZ vom 20. Februar 1990 zur Einigung zwischen Stoltenberg und Genscher: „Was daran nun Taktik, was ernst gemeint ist, Kohl und Genscher lassen dies offen. Sie hoffen auch hier, daß die Entwicklung Fakten schaffen werde, die auch diese Frage lösen helfen.“

Mit dem, was wir Sozialdemokraten im Dezember mit unserem neuen Grundsatzprogramm beschlossen haben, haben all diese Vorstellungen zu einer NATO-Mitgliedschaft nichts gemein. Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Die Bündnisse in Ost und West sollen bei Wahrung ihrer Stabilität ihre Auflösung und den Übergang zu dieser Friedensordnung organisieren. Da die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands offenbar schneller kommt, als fast alle erwartet haben, sind wir konsequenterweise angehalten, die Elemente einer europäischen Friedensordnung ebenso schnell zu erarbeiten. Dazu bedarf es allerdings Phantasie und des Muten, anders als Genscher und Stoltenberg auch einmal aus herkömmlichen Denkschemata auszubrechen.

(-/21.2.1990/va-he/rs)

Kollaps und Anschluß

Zum Bonner Umgang mit der DDR, dem politischen Nutzen für die Regierungsparteien
und den sozialen Lasten für die kleinen Leute

Von Christiane Berger
Vorsitzende der bayerischen Jungsozialisten

Von der Bundesregierung hat die DDR vorerst keine ausreichende wirtschaftliche Hilfe zu erwarten. Die Strategie von CDU/CSU/FDP ist es, damit so lange zu zögern, bis durch den ökonomischen Kollaps der DDR der „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik zu politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen erfolgt, die dieser Bundesregierung genehm sind.

Diese Strategie erweist sich nunmehr als erfolgreich. Die DDR steht vor dem ökonomischen Zusammenbruch. Die Produktion geht zurück, das Zahlungsbilanzdefizit steigt, qualifizierte Arbeitskräfte wandern täglich zu Tausenden in die BRD ab, die Infrastruktur bricht teilweise zusammen und aus berechtigter Angst vor der drohenden Abwertung ihrer Ersparnisse flüchten die DDR-Bürger in die Sachwerte, was im Konsumgüterbereich bald zu Engpässen führen wird. Zehntausende sind bereits arbeitslos, Hunderttausenden droht dieses Schicksal.

Der wirtschaftliche „Anschluß“ der DDR an die Bundesrepublik steht mit der Herstellung einer Währungsunion unmittelbar bevor. Damit verliert die DDR bereits vor dem politischen Anschluß einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität. Die Vorgaben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR werden dann in Bonn von der Bundesregierung und in Frankfurt von der Bundesbank gemacht werden.

Die Volkskammerwahlen am 18. März werden dadurch erheblich an Bedeutung verlieren. Egal welche Regierung der DDR zustandekommt, sie kann mit der Bundesregierung nur noch Kapitulations- und Übergabegespräche führen. Dieser Regierung wird die Rolle eines Juniorpartners zukommen, der eine Konkursmasse zu übergeben hat. Es wird keine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten zustandekommen, sondern politisch eine „BRD plus“ und wirtschaftlich und sozial eine „BRD minus“.

In der DDR und in der BRD wird politisch zunächst wahrscheinlich ein Gefühl der Hochstimmung über die staatliche Einheit herrschen. Bald wird sich jedoch herausstellen, daß mit der staatsrechtlichen Veränderung auch eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Problemen sowohl in der bisherigen DDR wie in der bisherigen BRD verbunden sind, über deren Ausmaß sich viele Politiker in der BRD nicht im klaren sind.

Durch die Währungsunion mit der BRD wird bei der Umstellung die Währung der DDR in einem bestimmten Verhältnis abgewertet werden (wahrscheinlich im Verhältnis 1 zu 10). Selbst wenn, wie vorgesehen bei Sparkonten bis zur Höhe von 1.000 Ost-Mark im Verhältnis 1 zu 1 umgestellt wird, bedeutet dies, daß Millionen von DDR-Bürgern weitgehend umsonst gespart haben.

Erklärtes Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion ist es, in der bisherigen DDR so schnell wie möglich die Marktwirtschaft einzuführen und allein die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt darüber entscheiden zu lassen, welche Unternehmen und damit welche Arbeitsplätze erhalten bleiben sollen. Auch wenn dieser Kurs sozial „abgefedert“ werden soll, wird er auf jeden Fall zu katastrophalen sozialen Konsequenzen in der DDR führen.

Die Umstellung auf die Marktwirtschaft wird zu einer Arbeitslosigkeit in Höhe von ein bis drei Millionen führen (je nach Tempo der Umstellung).

Wo Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte aus der DDR Zuflucht suchen werden, ist klar. Die Zuwanderung in die Bundesrepublik wird anhalten und damit hier die Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Bereich der Sozialversicherungen vergrößern. Die Hoffnung, daß durch den Kapitalimport aus der BRD und anderen westlichen Staaten sich in der bisherigen DDR der Lebensstandard bald für größere Teile der Bevölkerung erhöhen wird, ist trügerisch. Für westliche Unternehmen ist die bisherige DDR als Kapitalanlagequelle nämlich nur unter einer einzigen Bedingung interessant: als Billiglohnland mit relativ qualifizierten Arbeitskräften.

Die meisten Politiker in der Bundesrepublik schwimmen im nationalen Taumel der Freude über die Wiedervereinigung mit. Sie verschweigen aber ihren Wählern in der Bundesrepublik und ihren potentiellen Wählern in der DDR, daß die Vereinigung von BRD und DDR nicht nur nationalen Gewinn bringt, sondern auch soziale und finanzielle Kosten. Die ArbeitnehmerInnen und SteuerzahlerInnen der bisherigen Bundesrepublik werden bald an ihrem Geldbeutel merken, daß die Wiedervereinigung nicht zum „Nulltarif“ zu haben ist.

Die Wiedervereinigung wird die Zuwanderung aus der bisherigen DDR in die bisherige Bundesrepublik nicht stoppen, sondern eher fördern, sobald die zu hohen Erwartungen an die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR enttäuscht werden. Diese anhaltende Zuwanderungswelle wird die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit vor allem in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik (vor allem in den prosperierenden Regionen um Frankfurt, Stuttgart und München) erhöhen und den Sozialfonds belasten.

Zur Finanzierung der „sozialen Abfederung“ der Umstellung auf die Marktwirtschaft in der DDR, der Verbesserung der materiellen, ökologischen und sozialen Infrastruktur und der Modernisierung der Produktionsmittel in der DDR sind - ohne Übertreibung - einige hundert Milliarden Mark notwendig. Diese Gelder werden fast nur aus der Reichtumsproduktion in der bisherigen BRD genommen werden können. Im Klartext bedeutet dies, daß die Masse der ArbeitnehmerInnen und SteuerzahlerInnen der bisherigen BRD ein „Sonderopfer DDR“ finanzieren werden müssen. Einziges Mittel hierfür wird eine Steuererhöhung sein, egal wie sie genannt werden wird. Dazu kommt, daß bei einer anhaltenden Zuwanderungswelle die Probleme der Finanzierung der Sozialversicherungen zunehmen werden. Die Freude über die Wiedervereinigung wird bald in Ost und West einer Ernüchterung weichen.

Für CDU/CSU/FDP und ihre Blockparteien in der bisherigen DDR wird es politisch nunmehr darauf ankommen, gesamtdeutsche Wahlen zum Bundes- beziehungsweise Reichstag so schnell wie nur irgendwie möglich zu erreichen. Denn nur dann können sie den nationalen Gewinn groß herausstellen, in der Hoffnung, daß die sozialen Kosten von der Mehrheit der WählerInnen noch nicht erkannt werden. Für die Linke in der BRD wie in der DDR stellen sich nunmehr zwei Hauptaufgaben. Im ideologischen Bereich muß sie nationalistischer deutscher Überheblichkeit entgegenarbeiten und darauf hinweisen, daß die „nationale Einheit“ nur ein staatsrechtliches und emotionales Problem löst, aber eine Reihe von neuen sozialen und wirtschaftlichen Problemen mit sich bringt. So offensichtlich die Begeisterung der Mehrheit der Deutschen in der DDR und in der BRD über die bevorstehende staatliche Einheit ist, so offensichtlich ist auch ihre Unkenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die Bürger in der BRD wie in der DDR. Für die Linke in der BRD und in der DDR, gleichgültig ob sie die staatliche Einheit gewollt hat oder nicht, geht es nunmehr darum, für einheitliche Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland zu kämpfen.

Die Strategie der Konservativen wird darin bestehen, Arbeitnehmerrechte in der bisherigen DDR abzubauen und mittelfristig Sozialleistungen in der bisherigen BRD unter Hinweis auf die notwendigen Opfer für die DDR einzuschränken. Die bevorstehende Tarif- und Arbeitszeitaueinandersetzung im Metallbereich der BRD wird dafür bereits ein Beispiel liefern. Unternehmer und CDU/CSU/FDP werden unter Hinweis auf die neue Lage die Sinnhaftigkeit von Arbeitszeitverkürzungen in der BRD infragestellen. Früher oder später werden auch Lohn- und Sozialleistungserhöhungen in der bisherigen BRD von den Konservativen mit dem Argument des notwendigen Opfers für die DDR abgelehnt werden.

(-/21.2.1990/va-he/rs)

* * *

Demokratie und Gemeinsamkeit

Zum Bonner Umgang mit den deutsch-deutschen Problemen

Von Peter Conradi MdB

Der verbreitete Ruf nach „nationaler Gemeinsamkeit“ der Parteien in den deutsch-deutschen Fragen erinnert ein wenig an den fatalen Satz Wilhelm II. zu Beginn des Ersten Weltkrieges: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Das Parlaments- und Politikverständnis dieses Kaisers ist nach wie vor an vielen Stammtischen, in manchen Redaktionsstuben und hier und da sogar im Parlament lebendig. „Wenn die in Bonn sich einig wären, wäre alles ganz einfach“, so rasoniert vor allem die deutsche Rechte und meint natürlich, alles müsse einig mit ihr sein.

Nichts ist einfach. In einfachen Fragen ist es leicht sich zu einigen. Wenn die Mehrheit Neun und die Minderheit Sieben will, dann wird der Kompromiß bei Acht plus liegen. Wenn es aber schwierig wird, ist nicht Zusammenrücken gefragt, sondern sorgsames Herausarbeiten der unterschiedlichen politischen Meinungen. Das ist die Stunde des Parlaments: in Zeiten des Umbruchs und der großen Veränderungen muß das Parlament kühlen Kopf bewahren und die notwendigen politischen Maßnahmen so diskutieren, daß die BürgerInnen daraus Einsicht und Orientierung gewinnen. Jetzt muß sich die Qualität der parlamentarischen Demokratie erweisen.

Man kann ein Land - das sehen wir in der DDR - nicht mit Montags-Demonstrationen und basisdemokratischen runden Tischen regieren, die nicht durch Wahlen legitimiert sind. In der Bundesrepublik gibt es ein vom Volk in freien, allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen gewähltes Parlament und eine von diesem Parlament gewählte Bundesregierung.

Das unterscheidet die Demokratie von der Diktatur: Wenn es ernst wird, gibt es nicht eine von oben ausgegebene Parole und dann ein „Vorwärts, durch!“, sondern die Vielzahl von Meinungen und Vorschlägen, die öffentlich diskutiert werden und aus denen nach Rede und Widerrede in Abstimmungen und Wahlen entschieden wird, was geschehen soll. Das ist die politische Arbeitsweise einer demokratischen Republik, nicht der Ruf „wir wollen alle, alle einig sein“.

(-/21.2.1990/va-he/rs)

* * *